

Outsourcing beenden, öffentlichen Dienst stärken

Die Kreisdelegiertenversammlung wolle beschließen:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der SPD-Bundesparteitag möge beschließen:

Die Outsourcing-Politik der letzten Jahrzehnte hat sich nicht ausgezahlt. Öffentliche Leistungen müssen öffentlich erbracht werden. Der öffentliche Dienst muss in Bund, Ländern und Kommunen massiv und bedarfsgerecht ausgebaut werden. Dazu ist auch zu prüfen, zuvor outgesourcte Bereiche der öffentlichen Hand wieder nach inhouse zu holen.

Begründung:

Steuern, Gebühren und Abgaben sowie Krankenkassen- und Rentenbeiträge machen in Deutschland ca. 45 Prozent des Sozialprodukts aus. Das bedeutet, der Staat könnte 45 Prozent aller Erwerbstätigen zum Durchschnittslohn beschäftigen. Tatsächlich beschäftigt er nur ca. 20 Prozent. Weitere 25 Prozent finanzieren sich ebenfalls durch die öffentliche Hand, allerdings über den Umweg über die Privatwirtschaft. Viele Kulturschaffende finanzieren sich mittelbar aus öffentlichen Geldern. Darunter fallen viele Solo-Selbständige, insbesondere im Kultur- und Bildungsbereich, aber auch Angestellte von outgesourcten Diensten wie Kantinen, Raumpflege in öffentlichen Gebäuden, Räumdienste, bis hin zu den Privatbahnen, die von den Ländern bestellte Strecken bedienen.

Die umfangreiche Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen erweist sich als nicht krisensicher.

Was zunächst nach einer Unterbrechung von Wochen, höchstens einigen Monaten aussah, droht nun bis weit ins nächste Jahr zu andauern. Solo-Selbstständigen droht der soziale Absturz, Angestellte outgesourcter Dienste sind heute in Kurzarbeit und werden demnächst möglicherweise entlassen. Generell drohen Verarmung und Wohnungslosigkeit.

Jahrelang wurde argumentiert, der Staat hätte kaum Geld. Jetzt wurden hunderte Milliarden Euro, womöglich sogar über eine Billion Euro, zur Krisenbewältigung in Aussicht gestellt. Das Geld bereitzustellen ist richtig und nötig. Allerdings droht, wie nach der Finanz- und Weltwirtschaftskrise von 2007/2008, dass die Steuergelder zur Krisenrettung in viel stärkerem Umfang an den Privatsektor fließen. Die 9000 Euro Soforthilfe für Soloselbständige dürfen nur für Betriebsausgaben verwendet werden, das sind insbesondere die Gewerbemieten. Damit geht dieses Geld überwiegend an den Immobiliensektor. Die Lufthansa wurde mit neun Milliarden Euro gerettet – bei einem Börsenwert von vier Milliarden Euro hätte das Unternehmen damit wieder zu 100 Prozent in Staatseigentum wechseln müssen. Stattdessen wurde sogar auf Auflagen zum Klimaschutz oder zur Steuertransparenz verzichtet. Insgesamt würden durch die Krisenrettungs-Milliarden die größten Vermögen noch weiter vergrößert. Damit würde die Ungleichheit erhöht und der Krisenmechanismus weiter gestärkt.

Es hat sich gezeigt, dass die Daseinsvorsorge systemrelevant ist und geschützt und gestärkt werden muss. Geld, das in den öffentlichen Sektor fließt, stärkt die Konjunktur wesentlich nachhaltiger. Zudem können so auch die Leistungen der Daseinsvorsorge abgesichert und ausgebaut

werden, was für viele Menschen das Armutsrisiko verringert und die Teilhabe an der Gesellschaft verbessert. Eine Million öffentliche Stellen würden den vielen krisenbetroffenen Soloselbständigen und Angestellten in outgesourcten Diensten eine attraktive und langfristige Perspektive bieten.